



Hessischer
Bauernverband



Nutztierstrategie des Hessischen Bauernverbandes

2026



Fotos: Freepik

www.hessischerbauernverband.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Planungssicherheit schaffen, Tierwohl ermöglichen	3
Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen	3
Förderung zukunftsfähig gestalten	4
Regionalität braucht Schlachtkapazität.....	5
Bürokratieabbau & verständliche Sprache.....	6
Eine für alles - zentrale Datensäule	7
Tierseuchenprävention ist Tierschutz	7
Nutztierhaltung braucht Nachfolger	8
Wissenschaft stärkt Landwirtschaft	10
Landwirtschaft und Tierhaltung als Teil der Lösung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit	11
Weidetiere brauchen Sicherheit.....	12

Einleitung

Die Tierhaltung in Hessen nahm in den vergangenen Jahren deutlich ab. Immer mehr Betriebe tragen sich mit dem Gedanken, die Tierhaltung aufzugeben und andere betriebliche Schwerpunkte zu setzen. Diese Entwicklung ist das Ergebnis wachsender wirtschaftlicher Belastungen, steigender gesellschaftlicher Anforderungen, die selten monetär honoriert werden, und politischer Unsicherheiten. Dabei stellt die Tierhaltung in Hessen einen unverzichtbaren Pfeiler der regionalen Wirtschaft und Gesellschaft dar. Sie trägt in vielfältiger Weise zur Erhaltung funktionierender Stoff- und Nährstoffkreisläufe in der Landwirtschaft bei und prägt als elementarer Bestandteil der Grünlandregion das Landschaftsbild unseres Bundeslandes. In vielen Regionen Hessens ist die Bewirtschaftung der Flächen ohne Mahd zur Verwendung als Tierfutter und Beweidung gar nicht möglich, da diese Standorte für den Ackerbau ungeeignet sind. Die Haltung von Wiederkäuern und Pferden leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft, zur Erhaltung der Artenvielfalt und zum Schutz des Bodens.

Neben den Wiederkäuern liefern Schweine und Geflügel ebenfalls hochwertiges Fleisch für die menschliche Ernährung. Auch sie spielen eine wichtige Rolle in der landwirtschaftlichen Kreislaufwirtschaft und können, neben dem angebauten Getreide, Reststoffe wie beispielsweise Getreide, das z.B. durch Witterungseinflüsse nicht den Qualitätsanforderungen der Mühlen entspricht, verwerten.

Zudem schafft die Tierhaltung zahlreiche Arbeitsplätze auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen und sichert als Standbein die Existenz vieler Familienbetriebe, die oft seit Generationen fest in der Region verwurzelt sind. Das hohe Tierwohl, das in Deutschland und in Hessen realisiert wird, hebt die Qualität der erzeugten Lebensmittel hervor und stärkt das Vertrauen der Verbraucher in heimische Produkte. Die Versorgungssicherheit mit regionalem Fleisch, Milch und Eiern ist für die Stabilität des ländlichen Raums ebenso unerlässlich wie für die Krisenfestigkeit unserer Ernährung insgesamt.

Damit diese wichtigen Funktionen der landwirtschaftlichen Tierhaltung auch künftig gewährleistet werden können, braucht es verlässliche und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen. Diese müssen den Landwirten langfristige Planungssicherheit bieten und Investitionen in Tierwohl, moderne Stalltechnik sowie nachhaltige Produktion ermöglichen.

Als Hessischer Bauernverband stehen wir nach wie vor hinter den Forderungen der Borchert-Kommission. Sie fordert in ihrer Empfehlung eine grundlegende Neuausrichtung der Nutztierhaltung in Deutschland. Im Zentrum steht der schrittweise Umbau der Tierhaltung hin zu deutlich höheren Tierwohlstandards, wie ihn die Gesellschaft von der Landwirtschaft fordert. Dafür sollen Landwirte verlässliche und langfristige finanzielle Unterstützung erhalten, etwa durch staatliche Prämien für artgerechtere Haltungssysteme, Investitionsförderungen und klare gesetzliche Rahmenbedingungen. Zudem forderte die Kommission eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte und eine gesamtgesellschaftliche Mitverantwortung für den Wandel, um Tierwohl, Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit miteinander zu verbinden. Um Verbrauchern eine Wahlmöglichkeit mit bestmöglicher Transparenz zu gewähren, gehört zu einer verpflichtenden Haltungskennzeichnung auch die Herkunftskennzeichnung dazu.

Planungssicherheit schaffen, Tierwohl ermöglichen

Ziel:

Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen für Investitionen in der Landwirtschaft durch Bestandsschutz bei Neubauten sowie Neuanschaffungen von Stalltechnik. Gleichzeitig müssen für weitere Investitionen in mehr Tierwohl genehmigungsrechtliche Hürden bei Stallbaumaßnahmen verringert werden.

Hintergrund:

Durch vielfältige Gesetzesänderungen im Bereich Nutztierhaltung in den letzten Jahrzehnten, haben viele Landwirte das Vertrauen in die politischen Entscheidungen und deren langfristige Verlässlichkeit verloren. Gleichzeitig sind erforderliche und freiwillige Um- und Neubauten für mehr Tierwohl oftmals nicht möglich aufgrund der genehmigungsrechtlichen Anforderungen. Hinzu kommen stark gestiegene Baukosten sowie lange Genehmigungszeiten, die Investitionen zusätzlich erschweren und als erhebliche Hemmnisse für den Umbau hin zu mehr Tierwohl wirken. Diese Umstände führen zu stark eingebrochenen Investitionen in der Tierhaltung in Hessen, was wiederum die gewünschte Entwicklung einer zukunftsfähigen Tierhaltung mit mehr Tierwohl im Stall und entsprechender Wirtschaftlichkeit massiv ausbremst.

Das Tierwohl in der Landwirtschaft kann nur verbessert werden, wenn die Gesellschaft die Anstrengungen der Landwirte anerkennt und unterstützt. Investitionen in bessere Haltungsbedingungen brauchen langfristige Planungssicherheit sowie wirtschaftliche Perspektiven für die Betriebe. Es ist wichtig, dass Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Tierwohl und Wirtschaftlichkeit Hand in Hand gehen können.

Maßnahmen:

Genehmigungsrechtliche Hürden bei Stallbaumaßnahmen müssen verringert werden. Neben einer Erleichterung des Baurechts gehört hierzu auch eine Erleichterung der gesetzlichen Vorgaben zum Immissionsrecht. Hier ist ein echter Vorrang zugunsten des Neubaus und Umbaus von Ställen mit mehr Tierwohl gegenüber dem Naturschutz nötig, damit mehr Tierwohl am bestehenden Standort ermöglicht werden kann.

Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen

Ziel:

Innerhalb der Europäischen Union (EU) sollten annähernd gleiche gesetzliche Vorgaben für die Landwirtschaft gelten. Bei höheren Auflagen muss ein gezielter, finanzieller Ausgleich vorgesehen werden. Nur dann besteht Wettbewerbsfähigkeit für die deutsche Landwirtschaft innerhalb der EU. Gleichzeitig benötigen die deutschen Landwirte weitere Unterstützung, um im Binnenmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Hintergrund:

Immer wieder erleben heimische Landwirte, dass in Deutschland EU-Vorgaben noch übertroffen werden, sodass dadurch deutliche Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Preise für heimische Produkte werden dadurch teurer, sodass ausländische Ware von preisbewussten Abnehmern verstärkt gekauft wird. Können keine höheren Preise für die Produkte erzielt werden bzw. fehlt dann der Absatz, geht dies zu Lasten der heimischen Landwirte und deren Betriebe.

Maßnahmen:

Um die heimische Landwirtschaft zu schützen, müssen Importwaren denselben Produktionsstandards entsprechen, wie inländische Produkte oder die geringeren Standards müssen wenigstens ersichtlich sein. Eine verpflichtende Kennzeichnung von Haltung und Herkunft tierischer Produkte schafft hierfür Transparenz für Verbraucher und fördert bewusste Kaufentscheidungen. Zudem ist es notwendig, dass die Standards in der EU vergleichbar bleiben und Deutschland nicht immer weitere Standards festlegt, die das Niveau der anderen Mitgliedstaaten übertreffen. Nur so kann ein gerechter Binnenmarkt innerhalb der EU mit vergleichbaren Standards bestehen.

Wir fordern außerdem die Einführung einer steuerlich begünstigten Risikoausgleichsrücklage, die es uns ermöglicht, in wirtschaftlich guten Jahren Rücklagen zu bilden, um mit diesen in Krisenjahren außergewöhnliche Ertrags- oder Einkommensausfälle abzufangen. Damit wollen wir ein einfaches, rechtssicheres und unbürokratisches Instrument der Eigenvorsorge etablieren, um witterungs- und marktbedingte Einkommensschwankungen abzufedern und die Krisenfestigkeit unserer Betriebe nachhaltig zu stärken.

Förderung zukunftsfähig gestalten

Ziel:

Umgestaltung der Förderung für zukunftsfähige Tierhaltung durch Orientierung an Tierwohl- und Tiergesundheitskriterien, unabhängig von Haltungsformen und –stufen. Mehr Tierwohl im Stall (z.B. durch Stroh) entsprechend honorieren.

Hintergrund:

Einige Teile der Bevölkerung und Politiker fordern von den Landwirten zunehmend mehr Tierwohl. Die hessischen Landwirte sind offen für Weiterentwicklungen. Der Markt deckt die dadurch entstehenden Mehrkosten in der Regel nicht ab, sodass weitere Unterstützung in Form von Förderprogrammen für eine zukunftsfähige Tierhaltung notwendig ist. Bestehende Förderprogramme werden als zu komplex und manchmal auch praxisfern empfunden. Teilweise ist die Praktikabilität im "Agrarportal" eingeschränkt sowie die Fristen oft nicht umzusetzen.

Mit entschlackten, aber effektiven Förderinstrumenten könnten nicht nur ökologische und tierschutzrechtliche Ziele erreicht werden, sondern es wird gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit und der Bestand der hessischen Nutztierhaltung gesichert.

Ziel ist es, die regionale Landwirtschaft mit Tierhaltung zukunftsfähig zu gestalten und gleichzeitig die Erzeugung hochwertiger, regionaler Produkte für den Verbraucher zu gewährleisten. Der gesellschaftlich gewollte Umbau der Tierhaltung wird nur gelingen, wenn die Gelder wie vorgesehen hierfür verwendet werden. Entsprechende Förderungen sind nach dem Aus für das Bundesprogramm zum Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung (BUT) auf Landesebene mit Unterstützung des Bundes darzustellen. Bei der GAK-Förderung der Länder ist auf Praxistauglichkeit sowie eine Verlagerung der Prioritäten auf die Schweinehaltung zu achten.

Maßnahmen:

Es benötigt nach dem Ende der BUT ein umfangreiches Förderprogramm für den Umbau der Tierhaltung. Investive sowie laufende Mehrkosten für mehr Tierwohlmaßnahmen müssen für den Landwirt finanziell ausgeglichen werden z.B. durch eine hessische Strohprämie. Für die Umsetzung über die GAK-Programme sind eine klare Zweckbindung und eine spürbare Aufstockung der finanziellen Mittel zwingend erforderlich.

Betriebe mit außergewöhnlichen Tierwohl- und Tiergesundheitsparametern sollten ergänzend zu einer Basisförderung zusätzliche Fördergelder in Anspruch nehmen können.

Es ist entscheidend, dass Förderprogramme einfach zugänglich und unbürokratisch sind, um den Landwirten die notwendige Planungssicherheit zu bieten und den administrativen Aufwand gering zu halten. Eine entsprechende Anlaufstelle für Probleme mit der Antragsstellung ist außerdem entscheidend. Des Weiteren ist zu gewährleisten, dass Stallumbauten sowie neue Stallbauten unbürokratisch realisiert werden können. Zudem ist darauf zu achten, dass die Genehmigungs- und Planungsverfahren möglichst schlank gehalten werden.

Regionalität braucht Schlachtkapazität

Ziel:

In Hessen und den angrenzenden Bundesländern müssen ausreichende Schlachtkapazitäten für die verschiedenen Arten landwirtschaftlicher Nutztiere vorhanden sein, um lange Tiertransporte zu vermeiden. Um die regionale Abnahme zu sichern und die Wertschöpfung zu steigern, muss die regionale Vermarktung einen höheren Stellenwert erhalten, gerade auch bei der öffentlichen Verpflegung (Kantinen, Schulverpflegung).

Hintergrund:

Aufgrund zu geringer Schlachtkapazitäten in Hessen, müssen die Tiere oftmals über größere Strecken transportiert werden. Dies steht dem Ziel von mehr Tierwohl an dieser Stelle entgegen, da längere Transporte, auch wenn sie sehr schonend und richtig erfolgen, immer eine Belastung für die Tiere darstellen. Die fehlenden Schlachtkapazitäten stellen somit sowohl wirtschaftlich als auch hinsichtlich Tierwohl und Klimaschutz Nachteile dar.

Regionale Lebensmittelerzeugung sollte mehr Wert sein und noch höheren Stellenwert einnehmen, insbesondere hinsichtlich der Krisen und Kriege auf der Welt. Die regionalen Lebensmittel sollten daher als Basis, gerade auch bei der öffentlichen Verpflegung, dienen.

Maßnahmen:

Damit die Versorgung mit heimischen tierischen Produkten zum Wohle der Tiere und der Umwelt gewährleistet wird, bedarf es ausreichender Schlachtkapazitäten für Rinder, Schweine und Geflügel in Hessen und den angrenzenden Bundesländern. Schlachtbetriebe müssen durch vereinfachte Verfahren und Förderung ermutigt werden Schlachtkapazitäten in Hessen aufzubauen und bestehende auszubauen. Neben größeren Schlachtstätten müssen insbesondere dezentrale, mittelständische und kleinere Schlachtstrukturen erhalten und gestärkt werden. Hierzu gehören auch praxistaugliche Lösungen und weniger Bürokratie für mobile Schlachtung, teilmobile Schlachtung und regionale Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Metzgereien und Direktvermarktung.

Öffentliche Kantinen sollten vornehmlich Produkte mit regionalen Zutaten anbieten. Die Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen sollte weiter gestärkt werden.

Bürokratieabbau & verständliche Sprache

Ziel:

Der Anteil der Zeit, den Landwirte für die Erfüllung bürokratischer Aufgaben benötigen, muss dringend reduziert werden, damit mehr Zeit bleibt, sich um wesentliche Aufgaben zu kümmern wie die Versorgung der Tiere und die Bewirtschaftung der Flächen. Kontrolldokumente und Antragsformulare müssen in einfacher und verständlicher Sprache formuliert sein.

Hintergrund:

Aufgrund hoher bürokratischer Vorgaben auf allen Ebenen, verbringen Landwirte inzwischen sehr viel Zeit mit Dokumentation. Viele Landwirte fühlen sich außerdem von komplizierten Schreibweisen und Formulierungen überfordert.

Eine praxisorientierte Dokumentation, die den tatsächlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der landwirtschaftlichen Betriebe gerecht wird, trägt dazu bei, den Fokus stärker auf die Qualität der Tierhaltung und der Tierbetreuung und weniger auf Bürokratie zu legen. Vertrauen in die Arbeit und Ausbildung der Landwirte und Landwirtinnen ist das Schlüsselwort anstelle von immer mehr Dokumentation und neuen Gesetzen. Zielgerichtete und konstruktive Kontrollen in verständlicher Sprache stärken das System, sichern das Tierwohl und die Umsetzung der geltenden Vorgaben.

Maßnahmen:

Unnötige bürokratische Hürden, die die hessischen Landwirte häufig vor große Herausforderungen stellen, müssen stark reduziert und vereinfacht werden. Zu viele und komplexe bürokratische Anforderungen behindern die effiziente Gestaltung von Betriebsabläufen und belasten die Betriebe sowohl zeitlich als auch finanziell.

Für den Bürokratieabbau haben wir als Hessischer Bauernverband konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau an die hessische Politik gemacht, die dann möglichst zeitnah umgesetzt werden sollten.

[Link zum Positionspapier >>](#)

Eine für alles - zentrale Datensäule

Ziel:

Bestandteil des Bürokratieabbaus muss die Kanalisierung von Datenbanken und Meldesystemen sein. Die Tierhalter benötigen langfristig eine zentrale Datensäule als Managementtool, in dem alle relevanten Daten eines Betriebs wie Tierarten, Tierzahlen, Antibiotika usw. eingetragen werden und von der der Landwirt nach Zustimmung seine Daten unkompliziert an andere Datenbanken und Akteure wie beispielsweise Behörden, Statistisches Landesamt oder Tierseuchenkasse weitergeben kann. Gleichzeitig sollte diese Datensäule auch Datenauswertungen ermöglichen und somit ein Managementtool für den Betrieb darstellen.

Hintergrund:

Tierhalter verlieren oft im Gewirr der Datenbanken und Meldepflichten die Übersicht und leicht werden Fristen verpasst. Häufig müssen Meldungen mehrfach getätigt werden an verschiedenen Stellen. Gleichzeitig unterscheiden sich teilweise die Meldewege und Verpflichtungen je nach Tierart.

Maßnahmen:

Entwicklung und Erstellung einer umfassenden, einheitlichen Datensäule für alle landwirtschaftlichen Tierhalter (z.B. Weiterentwicklung der HI-Tier oder QS-Antibiotikadatenbank) mit entsprechender gesetzlicher Grundlage und Unterstützung der Wissenschaft.

Tierseuchenprävention ist Tierschutz

Ziel:

Seuchenvorsorge und Seuchenmanagement verbessern sowie Ausgleich der seuchenbedingten Mehrkosten. Tierhalter benötigen weitere Beratung zum Seuchenschutz und zur Biosicherheit. Durch gezielte Präventionsmaßnahmen und frühzeitiges Eingreifen sollen Seuchenausbrüche verhindert oder begrenzt werden.

Hintergrund:

Das Auftreten von Tierseuchen stellt Landwirtschaft und Verwaltung vor große Herausforderungen. Insbesondere Tierseuchen der Kategorie A führen zu umfassenden Restriktionen und Maßnahmen und zu teilweise erheblichen Einschränkungen der angrenzenden Betriebe.

In jüngster Zeit wurden vermehrt Seuchenzüge beobachtet, darunter Afrikanische Schweinepest (ASP), Blauzungenkrankheit (BTV), Maul- und Klauenseuche (MKS) sowie Hochpathogene Aviäre Influenza (HPAI). Besonders die gesellschaftlich gewünschten Haltungsformen wie Außenklima- und Auslaufhaltungen erhöhen das Risiko einer Ansteckung durch Wildtiere oder durch Übertragung durch die Luft.

Laut Prognosen von Experten wird die Gefahr für das Auftreten von Tierseuchen durch den Klimawandel begünstigt, da dieser die Ausbreitung und Populationsstärke der Insekten begünstigt, die maßgeblich zur Verbreitung der Tierseuchen, wie beispielsweise der Blauzungenkrankheit, beitragen. Auch die hohe Reisetätigkeit erhöht das Risiko des Eintrags von Tierseuchen in Deutschland.

Maßnahmen:

Eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen, personell und fachlich ausreichend ausgestatteten Veterinärbehörden ist hier unerlässlich. Landesweite Kooperationen sowie regelmäßige Schulungen des Veterinärpersonals sind zu stärken, um eine effektive Seuchenprophylaxe und schnelle Reaktionen im Ernstfall zu gewährleisten. Strategien und Maßnahmenpläne für Ausbrüche von Tierseuchen der Kategorie A sollten über Kreis- und Landesgrenzen hinweg im Vorfeld erarbeitet werden.

Im Falle amtlich angeordneter Restriktionen sind kurzfristige, umfassende finanzielle Entschädigungen sicherzustellen, um die Fortführung der Tierhaltung und die regionale Lebensmittelproduktion zu gewährleisten. Beispielsweise sollten bei der Afrikanischen Schweinepest entstandene Mehrkosten vollständig ausgeglichen werden.

Tierhalter benötigen eine kostenfreie Beratung zum Thema Biosicherheit und Seuchenprävention durch den Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH). Die Officialberatung des Landes Hessen (LLH) sollte für alle Tierarten eine kostenfreie Beratung zur Biosicherheit anbieten.

Nutztierhaltung braucht Nachfolger

Ziel:

Die Sicherung der Tierhaltung in Hessen setzt voraus, dass der Beruf des Landwirts wieder spürbar an Attraktivität gewinnt. Nur so lassen sich Betriebsnachfolgen gewährleisten und das über Generationen aufgebaute Fachwissen in der Tierhaltung erhalten. Politik und Gesellschaft sind gefordert, die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe anzuerkennen und ihnen mit Respekt und Vertrauen zu begegnen. Eine breite gesellschaftliche Akzeptanz vor Ort ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine zentrale Voraussetzung für Motivation, Arbeitszufriedenheit und unternehmerisches Engagement. Statt immer neuer Auflagen und zusätzlicher bürokratischer Belastungen braucht es verlässliche, praxisgerechte Rahmenbedingungen, die unternehmerische Verantwortung stärken und jungen Menschen wieder eine echte Perspektive eröffnen.

Hintergrund:

Die Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahren ein neues Ausmaß erreicht. Zusätzliche Anforderungen aus Politik und Gesellschaft, zunehmende Bürokratie, witterungsbedingte Risiken sowie ein spürbarer Fach- und Arbeitskräftemangel führen zu einer erheblichen Mehrbelastung der Betriebe. Während Vollzeitbeschäftigte in Deutschland 2024 im Durchschnitt rund 40 Stunden pro Woche arbeiteten, lag die Wochenarbeitszeit in der Land- und Forstwirtschaft bei knapp 49 Stunden. Selbständige Landwirte kommen im Jahresdurchschnitt auf über 2.200 Arbeitsstunden, gegenüber rund 1.750 Stunden in anderen Wirtschaftsbereichen. Damit zählt die Landwirtschaft weiterhin zu den Berufsgruppen mit der höchsten Arbeitsbelastung. Gleichzeitig erfordern moderne Stallanlagen und Maschinen trotz sinkenden Unfallrisikos zusätzliche technische, organisatorische und arbeitsschutzrechtliche Anforderungen, was praxisgerechte und entlastende Rahmenbedingungen umso dringlicher macht.

Gezielter Technikeinsatz und der Einzug von Künstlicher Intelligenz (KI) können einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es darum geht Tiergesundheit zu verbessern aber auch eine Work-Life-Balance für Betriebsleiter zu erreichen: Automatisierte Fütterungs- und Überwachungssysteme entlasten das Personal, intelligente Sensoren überwachen Stallklima und Tiergesundheit rund um die Uhr. Digitale Dokumentation und KI-gestützte Auswertung von Betriebsdaten sorgt für Transparenz und schnellere Reaktionen bei Problemen, was sowohl die Sicherheit als auch die Effizienz steigert. Damit eröffnen sich Chancen, die Arbeitsbelastung spürbar zu senken, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und langfristig die Attraktivität landwirtschaftlicher Berufe zu fördern.

Die gesellschaftliche Akzeptanz spielt eine entscheidende Rolle für die Motivation der Landwirte vor Ort. Werden die Leistungen der regionalen Landwirtschaft anerkannt und wertgeschätzt, stärkt dies das Selbstverständnis und die Identifikation mit dem Beruf. Eine offene und ehrliche Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft, beispielsweise durch regionale Initiativen, Gespräche und Transparenz in der Produktion, fördern das Verständnis für die Herausforderungen der Landwirtschaft.

Je mehr gesellschaftliche Rückendeckung und Wertschätzung Landwirte erfahren, desto größer ist die Bereitschaft, innovative und zukunftsfähige Wege einzuschlagen und in Umbaumaßnahmen zu investieren.

Maßnahmen:

Für eine wirksame Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe muss der Schwerpunkt künftig konsequent auf Digitalisierung, Automatisierung und Bürokratieabbau gelegt werden. Digitale und automatisierte Lösungen in der Tierhaltung – etwa bei Fütterung, Tierüberwachung, Datenmanagement und Dokumentation – bieten ein erhebliches Potenzial, Arbeitszeit einzusparen, Abläufe zu vereinfachen und gleichzeitig Tierwohl und Tiergesundheit zu verbessern. Voraussetzung dafür ist, dass digitale Systeme praxisgerecht, verlässlich und miteinander kompatibel ausgestaltet werden. Die Netzinfrastruktur auf dem Land muss hierfür außerdem dringend verbessert werden.

Gleichzeitig ist ein grundlegender Abbau bürokratischer Anforderungen zwingend erforderlich: Dokumentations- und Meldepflichten müssen auf das notwendige Maß reduziert, vereinheitlicht und konsequent digital umgesetzt werden. Betriebsübergaben müssen bürokratiearm möglich sein. Mehrfache Datenerfassungen, unübersichtliche Portallösungen und praxisferne Vorgaben binden wertvolle Arbeitszeit und konterkarieren die Chancen der Digitalisierung. Ergänzend dazu können Maßnahmen wie Betriebshilfe, Kooperationen zwischen Betrieben sowie Weiterbildungsangebote einen wichtigen Beitrag leisten, liegen jedoch in hohem Maße auch in der Verantwortung und Umsetzung des Berufsstandes selbst. Entscheidend ist daher, dass Politik und Verwaltung durch klare Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau und gezielte Förderung die technischen und digitalen Voraussetzungen schaffen, um die Arbeitsbelastung spürbar zu senken und die Attraktivität des Berufes Landwirt nachhaltig zu stärken.

Wissenschaft stärkt Landwirtschaft

Ziel:

Wissenschaft im Bereich Stallbau und -technik in Hessen fördern und Forschung und Innovation unterstützen. Nachfolgende Generationen im Bereich Agrarwissenschaften und Tiermedizin praxisnah ausbilden. Der Einsatz von KI kann zusätzliche Möglichkeiten, besonders im Bereich der Datenerfassung bieten. Schnelle und gezielte Auswertung von Parametern und Datensätzen, kann Arbeitsbelastung, Methodik, Tierwohl und viele weitere Faktoren maßgeblich beeinflussen.

Hintergrund:

Bei steigenden Anforderungen an die Haltung von Nutztieren sind Forschung und Entwicklung entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der hessischen Nutztierhaltung.

Investitionen in Förderung und Weiterentwicklung bieten eine bedeutende Chance: Wenn es gelingt, Produktionssysteme so zu gestalten, dass sowohl das Tierwohl, Arbeitswirtschaft als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gleichermaßen gestärkt werden, steigt die Chance, dass diese Innovationen nicht nur in Deutschland, sondern europa- oder sogar weltweit Verbreitung finden und nachhaltig zum Wohl der Tiere beitragen.

Gleichzeitig haben Universitäten vor allem einen Auftrag in der Lehre. Die Ausbildung motivierter Tierärzte für den Großviehbereich sowie agrarwissenschaftlicher Fachkräfte ist entscheidend für eine zukunftsfähige Nutztierhaltung in Hessen.

Maßnahmen:

Die gezielte Stärkung der hessischen Universitäten mit agrarwissenschaftlichen und veterinärmedizinischen Schwerpunkten – sowohl im Bereich Forschung und Innovation als auch in der Ausbildung von Fachkräften – ist ein entscheidender Faktor für die nachhaltige Weiterentwicklung der Agrarwissenschaften und Nutztierhaltung. Dafür ist es zwingend erforderlich, die praxisnahe Ausbildung am Nutztier durch den dauerhaften Erhalt und die gezielte Stärkung von Lehr- und Versuchsbetrieben sicherzustellen. Dies ist gleichermaßen für Studierende der Agrarwissenschaften wie der Veterinärmedizin von zentraler Bedeutung.

Die konsequente Nutzung von Digitalisierung und KI, in allen Bereichen, in denen Datenerfassung stattfindet, kann alle vor- und nachgelagerten Arbeitsfelder hilfreich unterstützen. Schnelle und gezielte Datensammlung und Auswertung kann für die Ausbildung von Nachwuchskräften maßgeblich genutzt werden.

Landwirtschaft und Tierhaltung als Teil der Lösung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Ziel:

Ziel einer zukunftsfähigen Agrarpolitik muss es sein, Tierwohl, Klimaschutz und den Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Tiergerechte Haltung, regionale Fütterung und Nutzung von Dauergrünland leisten wichtige Beiträge zur gesellschaftlichen Akzeptanz und ökologischen Stabilität der Nutztierhaltung. Gleichzeitig sind ambitionierte Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen nötig, um Klimaziele zu erreichen. Politisches Handeln ist gefordert, um Zielkonflikte aufzulösen, Praxislösungen zu fördern und wirtschaftliche Perspektiven für die Landwirtinnen und Landwirte zu schaffen.

Hintergrund:

Neben dem Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft ist es auch das gesellschaftliche Ziel, das Tierwohl weiter zu verbessern. Dazu zählen beispielsweise Weidegang für Rinder, Zugang zu Außenklima für Schweine oder eine möglichst regionale Fütterung aller Tierarten. Die aus Tierwohlsicht sinnvollen Maßnahmen können jedoch die Klimaschutzbemühungen konterkarieren. Weidegang von Rindern trägt zwar zum Erhalt von Dauergrünland als Kohlenstoffspeicher bei, macht aber beispielsweise die Gülleverwertung in Biogasanlagen unmöglich und führt zu höheren Lachgasemissionen aus den Ausscheidungen als in der Stallhaltung. Eine grasbetonte Fütterung und eine Reduzierung des Kraftfuttereinsatzes im Sinne einer Extensivierung der Tierhaltung führen zu höheren Methanemissionen pro Liter Milch.

Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls wie Weidehaltung oder regionales Futter können also auch zu höheren Emissionen führen. Auch der Ersatz von importiertem Soja durch heimische Leguminosen kann indirekte Klimawirkungen entfalten. Gleichzeitig bieten optimierte Fütterungssysteme, züchterische Fortschritte und die Erhaltung des Grünlands große Potenziale für Emissionsminderungen und Standortschutz. Entscheidend ist, dass Politik und Gesellschaft Anreize und Rahmenbedingungen setzen, die praktikable Lösungen fördern, statt Zielkonflikte zu verschärfen.

Maßnahmen:

Die Maßnahmen in diesem Bereich sind sehr vielschichtig und komplex.

Besonders in Außenklimaställen wirken sich die immer heißer werdenden Sommermonate direkt auf das Tierwohl aus. Daher muss die Beratung diesen Aspekt verstärkt in den Fokus nehmen und praktikable Maßnahmen aufzeigen, wie Tiere effektiv vor Hitzestress geschützt werden können. In diesem Zusammenhang ist auch die Weidehaltung kritisch zu betrachten: Während sie grundsätzlich als tierfreundlich gilt, bieten Ställe in heißen Sommermonaten oft bessere Möglichkeiten zur Kühlung der Tiere. Hier müssen Ausnahmeregelungen von bestehenden Vorgaben möglich sein.

Tierwohlprogramme sollten künftig auch die Klimawirkungen berücksichtigen. Durch gezielte Fördermaßnahmen bzw. Preisaufschläge durch den Handel in Mehrwertprogramme, können klimaefizientere Tierwohlkonzepte entwickelt und unterstützt werden. Höhere Klimaschutzstandards in der Tierhaltung erfordern dabei nicht nur technische Lösungen, sondern auch gesellschaftliche Wertschätzung. Dennoch muss hier ein Gleichgewicht zwischen Tierwohlmaßnahmen und Natur- bzw. Klimaschutz hergestellt werden und das ganze System in die Betrachtung aufgenommen werden, ohne sich auf einzelne Teilaspekte zu fokussieren.

Ein weiterer Hebel liegt in der Fütterung: Eiweißangepasste Futterstrategien können zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen beitragen. Forschung, Beratung und Umsetzung solcher Strategien müssen stärker gefördert werden. Besonders bei Wiederkäuern ist die Senkung von Methanemissionen zentral. Die Entwicklung und Markteinführung methanmindernder Futterzusätze sowie deren Erprobung in Modellbetrieben sind wichtige Schritte. Gleichzeitig sollte die Klimaleistung von Grünlandbetrieben anerkannt werden.

Auch die Ausweitung der Zuchtprogramme in Hinblick auf Langlebigkeit und Tiergesundheit leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Hierauf sollte der Fokus auch seitens Politik und Gesellschaft gelegt werden, um die Züchter auf diesem Weg zu unterstützen.

Grünland spielt zudem eine Schlüsselrolle im Klimaschutz. Eine Grünlandprämie oder Ausgleichszulage sowie die Sicherstellung des Ackerstatus bei temporärer Begrünung sind wichtige politische Maßnahmen. Die bewusste Wertschätzung regionaler Milch- und Fleischprodukte aus Grünlandhaltung stärkt diesen Ansatz zusätzlich.

Nicht zuletzt braucht klimaresiliente Tierhaltung auch Flexibilität: In Dürre Jahren sollte die unbürokratische Freigabe von ökologischen Vorrang- und Ausgleichsflächen zur Futtergewinnung möglich sein, um die Versorgung der Tiere sicherzustellen.

Weidetiere brauchen Sicherheit

Ziel:

Die Weidetierhaltung in Hessen muss trotz der Ausbreitung des Wolfes und anderer großer Beutegreifer weiterhin möglich sein. Aber auch Rabenvögel, insbesondere Krähen und Kolkraben, stellen für die hessische Weidetierhaltung in bestimmten Regionen eine zunehmende Herausforderung dar. Die Weidetierhaltung trägt in Hessen maßgeblich zur Erhaltung der Kulturlandschaft bei und ist unbedingt schützenswert. Ohne die Weidetierhaltung wären große Teile der Landschaft in ihrer derzeitigen Form verloren.

Hintergrund:

Die Rückkehr des Wolfs nach Hessen stellt die hessische Weidetierhaltung vor neue Herausforderungen. Für Weidetierhalter können Wolfsangriffe zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten und einer Gefährdung des Tierschutzes führen. Zudem stellt es eine erhebliche emotionale Belastung für die Tierhalter dar, wenn die eigenen Tiere vom Wolf getötet oder schwer verletzt werden. Weiterhin kann es durch Angriffe von Nutztieren zu erheblichen Folgeschäden kommen, wenn die Tiere in Panik aus den Koppeln ausbrechen und in Zug- und Straßenverkehr geraten. Vor diesem Hintergrund ist es von zentraler Bedeutung nach der Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht in Hessen nun ein effektives und pragmatisches Bestandsmanagement des Wolfs zu etablieren, das dem Schutz der Weidetiere sowie der Menschen im ländlichen Raum gerecht wird. Nur wenn der Wolf eine gesunde Scheu vor Menschen und Nutztieren hat, wird eine Koexistenz langfristig möglich sein.

Die notwendigen Zaunbaumaßnahmen zum Schutz vor dem Wolf stellen für Tierhalter in Hessen in der Praxis bei unebenen Bodenverhältnissen (z.B. Relief, Wildschweinschäden) eine unlösbare Aufgabe dar. Durch Kurzschlüsse, Trockenheit oder Unebenheiten kann es immer wieder zu Problemen in der Stromführung kommen.

Neben dem Wolf sind auch Rabenvögel ein Problem für die Weidetierhaltung. In mehreren Regionen Hessens treten wiederholt Angriffe von Rabenvögeln auf neugeborene oder geschwächte Lämmer und Muttertiere auf. Diese Vögel können gezielt Körperöffnungen attackieren, was zu erheblichen Verletzungen und zum Tod von Jungtieren und Muttertieren führen kann. Aus anderen Regionen Deutschlands wird auch von Übergriffen von Rabenvögeln auf andere Tierarten wie Rinder und Gänse berichtet. Die dokumentierten Vorfälle haben für Tierhalter nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen, sondern bedeuten auch eine erhebliche emotionale Belastung. Ein wirksamer Schutz ist im Offenland nur eingeschränkt möglich, da Rabenvögel sehr lernfähig sind und viele Vergrämgungsmaßnahmen rasch an Wirkung verlieren.

Maßnahmen:

Bei einem zu etablierenden nachhaltigen und verantwortungsbewussten Management des Wolfsbestands sind sowohl die Belange der Landwirtschaft als auch des Naturschutzes zu berücksichtigen. Zu einem guten Management gehört auch eine Regulierung von Wolfsbeständen durch z.B. Obergrenzen sowie die unkomplizierte und schnelle Entnahme von „Problemwölfen“, um die Akzeptanz der Rückkehr des Wolfs bei der ländlichen Bevölkerung zu sichern.

Entschädigungen für Wolfsrisse müssen gezahlt werden, sobald Weiden sachgerecht und nach bestem Wissen und Gewissen eingezäunt wurden. Zaunbaumaßnahmen zum Weidetierschutz müssen außerdem genehmigungsfrei sein.

Tierhalter dürfen mit Schäden, die durch versprengte Tiere im Straßen- und/oder Schienenverkehr an Sachen und im schlimmsten Fall auch an Menschen verursacht werden, nicht allein gelassen werden. Hier muss das Land entsprechend die finanzielle Verantwortung übernehmen, soweit der Tierhalter dies nicht über seine Versicherung abdecken kann.

Um die Weidetierhaltung wirksam zu unterstützen, sollen Angriffe durch Rabenvögel künftig systematisch erfasst und regional ausgewertet werden, um Schwerpunkte und kritische Phasen – insbesondere während der Lammzeit – besser zu erkennen. Gleichzeitig sind bestehende naturschutz- und jagdrechtliche Vorgaben daraufhin zu prüfen, ob sie praktikable und rechtssichere Handlungsmöglichkeiten bei wiederholten Schäden zulassen. Die Betriebe sollen gezielt bei Präventionsmaßnahmen sowie bei der Dokumentation und Meldung von Schäden unterstützt werden. Zudem ist die Problematik in bestehende Weide- und Herdenschutzkonzepte einzubinden und gegenüber Politik, Behörden und Öffentlichkeit klar zu kommunizieren, um das Verständnis für notwendige Maßnahmen und den Schutz der Weidetiere zu stärken.

Um die Weidetierhaltung generell zu stärken bedarf es gezielter Förderung für Schafe, Ziegen und Rinder in Weidehaltung, auch in Zukunft.

Hessischer Bauernverband e.V.

Taunusstraße 151
61381 Friedrichsdorf

Telefon: 06172 7106-0

E-Mail: info@hessischerbauernverband.de



**Hessischer
Bauernverband**

www.hessischerbauernverband.de